

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

18.05.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 14.04.2016**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:58 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.02.2016 - öffentlicher Teil**
0135/2016

- 4** **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0134/2016
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Aktuelle Haushaltsentwicklung**
0104/2016
- 8 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Ausstattung der großen Flüchtlingsunterkünfte mit WLAN-Zugängen**
0095/2016
- 9 Jahresbericht 2015 der GL Service gGmbH**
0131/2016
- 10 Jahresbericht 2015 des Netzwerks Wohnungsnot**
0130/2016
- 11 Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
Bericht über die Mittelverwendung 2015**
0143/2016
- 12 Empfehlung des Integrationsrates zur Erstellung eines Sachstandberichtes und Fragebogens zum Thema "Diversity Management"**
0112/2016
- 13 Bericht der Stabsstelle VV II-3 Inklusion/ Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
- Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2015 und Planung für das Jahr 2016**
0115/2016
- 14 Rücknahme der Berufung und Neuberufung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates
- Rücknahme der Berufung des ordentlichen Mitglieds Hans Eßer und des stellvertretenden Mitglieds Wilbert Schmidt
- Neuberufung von Herrn Jürgen Münsterteicher als ordentliches Mitglied und Herrn Wolfgang Weber als stellvertretendes Mitglied**
0119/2016
- 15 Anträge der Fraktionen**
- 15.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**
0144/2016

15.2 Antrag der ALFA-Fraktion vom 22.02.2016 zur Unterstützung der Vorgehensweise des Bürgermeisters hinsichtlich der Mitteilung an die Bezirksregierung Arnsberg zu Flüchtlingskapazitäten
0145/2016

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse der Ausschussmitglieder fest. Von Seiten der Verwaltung wird Frau Schlich, die verhindert ist, durch Herrn Buhleier und Herrn Kuhlen vertreten.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.02.2016 - öffentlicher Teil *0135/2016*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Holz-Schöttler macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Buhleier merkt im Vorfeld an, dass in der vergangenen Sitzung des ASWDG von Frau Scheerer angeregt wurde, jeweils einen Kollegen/eine Kollegin aus Jobcenter und Agentur für Arbeit zum Thema Arbeitsmöglichkeiten einzuladen. Es gebe bereits eine Zusage seitens des Jobcenters.

Des Weiteren gibt Herr Buhleier eine kurze Erläuterung zu dem Thema „Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahre“, welches in diesem Jahr in Köln, bisher in 7 Stadtteilen, angelaufen sei. Für diese freiwillige Leistung gebe es keine gesetzliche Finanzierungsgrundlage. Das Amt für Soziales und Senioren bezuschusst hierfür eine halbe Stelle pro Stadtteil. Es entstehe ein Volumen für Personalkosten i.H.v. 210.000 €. Zur Zielgruppe gehörten insbesondere Senioren ab 75 Jahre, die nicht über Angebote im Bereich der Seniorenhilfe informiert seien und keine Kommunikation im öffentlichen Raum hätten. Ziel sei letztendlich, eine begleitende Hilfe anzubieten und den längeren Verbleib in der eigenen Wohnung gewährleisten zu können. Bisher sei dieses Projekt erst einmal auf eine Laufzeit von 2 Jahren angelegt und solle bei Erfolg auf die gesamte Stadt Köln ausgeweitet werden. Laut Seniorenbüro gebe es in Bergisch Gladbach eine ähnliche Zielsetzung wie in Köln:

„ambulante vor stationärer Versorgung“. Durch die gute Vernetzung mit Krankenhäusern, Ärzten und Begegnungsstätten u.a. hätte man einen guten Zugang zu den Seniorinnen und Senioren. Die Alten- und Familienhilfe in Refrath und Bensberg gehe stark auf Senioren zu, wenn Beratungsangebote vonnöten seien. Herr Buhleier stellt fest, er sei überzeugt, dass die Stadtverwaltung relativ gut aufgestellt sei. Das interessante Kölner Modell werde jedoch weiterhin im Auge behalten.

Herr Buhleier führt des Weiteren an, eine kürzlich eingegangene Anfrage der LINKEN zum Thema „Asyl“ nachfolgend beantworten zu wollen:

1.) Bei wieviel Prozent der Asylbewerbsleistungsempfänger ist die Herkunft eindeutig geklärt?

Zuständig bei der Erhebung ist die Ausländerbehörde des RBK. Auf Nachfrage ließ diese verlauten, dass bei 20% die Herkunft zum Ankunftszeitpunkt eindeutig geklärt ist. Ein abweichender Prozentsatz werde jedoch überprüft.

2.) Wieviel Prozent der Asylbewerbsleistungsempfänger sind durch Erlebnisse im Herkunftsland und auf der Flucht traumatisiert worden?

3.) Wie viele der Asylbewerbsleistungsempfänger leiden an einer posttraumatischen Störung?

4.) Wie erhebt die Verwaltung diese Daten?

5.) Welche Maßnahmen sehen die Dienstanweisungen für das sozialarbeiterische Personal vor, damit die sozialen Rechte (§ 2 Abs. 2 SGB I) von Asylbewerberleistungsempfängern mit einer posttraumatischen Belastungsstörung möglichst weitgehend verwirklicht werden?

Der Fachbereich 5 erhebt diese Daten nicht, weil posttraumatische Erkrankungen sich häufig erst Monate oder Jahre später herausstellen.

Obwohl es keine Dienstanweisung zur Verwirklichung der sozialen Rechte der Asylbewerberleistungsempfänger mit einer posttraumatischen Belastungsstörung gibt, kann Herr Buhleier versichern, dass im sozialarbeiterischen Bereich sehr sensibel mit den betroffenen Flüchtlingen umgegangen und notfalls Unterstützung angeboten wird.

Herr Buhleier weist auf die auf den Plätzen ausliegende Mitteilungsvorlage „Jahresbericht 2015 der Schuldnerberatung RheinBerg“ (Anlage) hin, die den Mitteilungen des Bürgermeisters nachträglich zur späteren Kenntnisnahme beigelegt wurde.

Herr Kuhlen führt aus, dass sich momentan 1.597 Flüchtlinge in Bergisch Gladbach aufhielten und die Zu- und Abgänge sich seit Januar diesen Jahres fast die Waage hielten. Seit März habe es keine nennenswerten Zuweisungen, jedoch ein paar Familienzusammenführungen gegeben. Abgänge seien besonders bei Menschen aus dem Iran und Irak registriert worden. Erstmals seit 3 Jahren sanken die Zahlen leicht. Diese Ruhepause ermögliche es den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern des Fachbereichs 5-50, die Situation strukturierter anzugehen. Herr Kuhlen berichtet weiter, dieser Rückgang könne darauf zurückgeführt werden, dass die Bezirksregierung Arnsberg den großen Kommunen Köln, Düsseldorf und Bonn, die in der Vergangenheit deutlich weniger Flüchtlinge aufgenommen hätten als vorgesehen, nun verstärkt selbige zuweise. Zeitgleich sei die Schließung der Balkanroute erfolgt, was ebenfalls den Flüchtlingsstrom vermindere. In naher Zukunft gehe die Stadtverwaltung von einer sinkenden Anzahl von Zugängen aus, wobei die weitere Entwicklung dieser Zahlen ungewiss sei. Besonders während der Sommermonate und in der zweiten Jahreshälfte sei es ungewiss, wie viele Menschen auf der Flucht nach Bergisch Gladbach kämen. Zur Situation der Turnhallen informiert Herr Kuhlen, die Turnhalle in Sand werde nach dem Auszug der Flüchtlinge am 30.06. und eventuellen Reparaturarbeiten wieder dem Schul- und Sportbetrieb zur Verfügung stehen. Es werde derzeit geprüft, ob die Turnhalle Schwerfelstraße vorzeitig geräumt werden könne. Gegebenenfalls sei dies eine positive Entwicklung, da bereits Ende des vergangenen Jahres zum ersten Mal seit den vergangenen drei Jahren Gebäude wie z.B.

Turnhallen leergezogen wurden. Dazu gehöre die Gymnastikhalle der VHS Bergisch Gladbach, die so genannte "Rote Schule" auf der Bensberger Straße 133 und auch der Standort Tannenbergsstraße der GL Service gGmbH, wo in schwierigen Zeiten temporär ca. 40 Menschen untergebracht worden seien.

Da die zukünftige Entwicklung nicht vorhersehbar sei, sei es ratsam, die Turnhalle Feldstraße, die durch ihre Größe in Krisenzeiten 250 Plätze bieten könne, im Hinterkopf zu haben.

Dort herrschten auch relativ gute Bedingungen, d.h. mit hohem Aufwand seien dort einzelne Räume und Zimmer geschaffen worden, die vorausschauend als Kapazität vorgehalten werden sollten.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich.

Frau Münzer stellt die Frage, ob im Hinblick darauf, dass auf dem Carparkgelände eine Containersiedlung entstehen soll, dies aufgrund der o.g. rückläufigen Flüchtlingszahlen überhaupt noch Sinn habe.

Darauf antwortet Herr Kuhlen, dass der Carpark ebenso wie der Standort IGP eine hohe Wohnqualität aufweise bzw. aufweisen werde, sodass es aus seiner Sicht eher sinnvoll sei, schlechtere Standorte wie die Feldstraße oder Katterbach aufzulösen, gerade im Zuge der langsamen Abwanderung und der unklaren Zuzugszahlen der Flüchtlinge.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob man sich durch die Vielzahl der Containerdörfer nicht gerade die Grundstücke zubaue, die die Stadt für den sozialen Wohnungsbau nutzen könnte.

Herr Kuhlen führt dazu an, dass die Notwendigkeit, schnellstmöglich für Unterkünfte zu sorgen, vorrangig und unter (Zeit-)Druck beschlossen wurde. Langfristig gesehen jedoch könne man überlegen, ob solche Standorte in bessere Wohnbebauung überführt werden. Langfristig gesehen gehe es darum, die Qualität zu verbessern und dies werde erreicht, indem aus mittelguten Standorten irgendwann sehr gute Standorte mittels einer festen Bebauung gemacht werden.

Darauf geht Herr Dr. Bernhauser weiter ein, indem er auf das Thema Integration zu sprechen kommt. Gerade diesbezüglich könnte der o.g. Standort benötigt werden, daher fragt er nach einem neuen Integrationsplan, da der alte aufgrund der aktuellen Situation überholt sei.

Herr Kuhlen merkt an, dass das Integrationskonzept derzeit vom Fachbereich 5 Jugend und Soziales überarbeitet werde. Jedoch sei noch offen, wann genau es endgültig fertig sei. Aktuell werde seitens des Bundesministeriums für Inneres über ein Integrationsgesetz diskutiert, welches als Gesetzesentwurf im Mai vorgelegt und vom Bund beschlossen werden solle. Es sei sinnvoll, diese Änderungen in das Integrationskonzept einzubeziehen.

Herr Dresbach fragt, ob das Thema BAST weiterverfolgt oder endgültig ad acta gelegt werde, ob es keine Unterstützung des Bundes bzgl. der Probleme in überbelegten Turnhallen, hier Katterbach, gebe.

Darauf antwortet Herr Kuhlen, dass diesbezüglich eine rege Korrespondenz zwischen Bürgermeister und Bund stattfinde, zuletzt persönlich zwischen dem Bürgermeister und Herrn Altmaier. Herr Kuhlen bedauert die von Herrn Dresbach angesprochene Situation ebenfalls, jedoch gäbe es zu diesem Zeitpunkt noch kein greifbares Ergebnis.

Die stellvertretende Vorsitzende bedankt sich für die ausführliche Beantwortung.

5.1. Frauenpolitische Informationen
0134/2016

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Klein berichtet aus dem Inklusionsbeirat von der Verpflichtung des neuen Mitglieds Peter Lücking anstelle des ausgeschiedenen Mitglieds, Herrn Burchardt, beide Mitarbeiter der Kette e.V.. Der Inklusionsbeirat habe des Weiteren eine Fortbildungsmaßnahme beschlossen, in der die Aufgabenstellung für Beiratsmitglieder verdeutlicht werden solle.

Darüber hinaus, so führt Herr Klein aus, habe Herr Martmann in der Sitzung des Inklusionsbeirats über den Diskussionsstand zum Aufzug im Rathaus Bergisch Gladbach berichtet. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, über die Rampe über den Parkplatz das Rathaus zu erreichen, werde vom Inklusionsbeirat abgelehnt.

Für die Maßnahmen in diesem Jahr sei mit der Verwaltung gemeinsam überlegt worden, von den dem Beirat zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 50.000 € die Akustik im Rats-saal Bensberg zu verbessern. Es sei eine Anschubfinanzierung bis zu 50 % der Kosten, maximal 40.000 €, beschlossen worden. Darüber hinaus wolle der Inklusionsbeirat im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Mittel auch helfen, die Beschallungsanlage im Rathaus Bergisch Gladbach zu verbessern.

Bezüglich der städtischen Vergaberichtlinien habe der Inklusionsbeirat eine Empfehlung an den Rat ausgesprochen, diese so zu verändern, dass öffentliche Vergaben an Integrationsbetriebe vorrangig bedient würden.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich.

7. Aktuelle Haushaltsentwicklung
0104/2016

Herr Mumdey bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage und berichtet, aufgrund des unvorhersehbaren Rückgangs der Zuweisungen sei bei den direkten Leistungen, die jeder Flüchtling pro Person erhalte, natürlich eine Wenigerausgabe festzustellen. Die entscheidenden Mehrkosten würden durch nicht zu unterschätzende Kosten der Unterbringung im weiteren Sinne, insbesondere für Verpflegung, Sozialarbeiterbetreuung, Wachdienst usw. verursacht, die sich in den letzten drei Monaten aufs Stadtgebiet verteilt auf 2 Millionen Euro summiert hätten.

Der zweite entscheidende Anlass für den Anstieg dieser Kostenart, so informiert Herr Mumdey weiter, sei Folgender: Aus der Kostendiskussion auf Vorstandsebene des Kämmererverbandes sei der Unterschied klar geworden, dass nämlich Bergisch Gladbach neben anderen Kommunen Zuzugsregion mit einem angespannten Immobilienmarkt sei, während in anderen Kommunen ganze Schulgebäude leerstünden und es keinen Druck wegen eines angespannten Immobilienmarkts gebe. Die Verwaltung habe die großen Kostenblöcke zurzeit der Haushaltsaufstellung im Fachbereich 5 noch nicht übersehen können. Herr Mumdey nennt aus einer Auflistung einzelne Punkte, wie beispielsweise die Kempener Str. 177, Katterbach, für die allein für 2016 in dem Nebenkostenblock der indirekten Unterbringungskosten 770.829 € nach derzeitigem Stand zu kalkulieren seien. Allein für den Januar seien Aufwendungen für den Wachdienst in Höhe von 88.300 € erforderlich gewesen.

Was die Deckung angehe, so führt Herr Mumdey weiter aus, erwarte die Stadtverwaltung glücklicherweise in diesem Jahr eine Gewerbesteuermehreinnahme von etwa 13 bis 15 Millionen. Das rühre daher, dass das Jahr 2014 für Firmen gut gelaufen sei.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Dr. Bernhauer möchte wissen, welcher Betrag von den Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer an den Fonds „Deutsche Einheit“ abgeführt werden müsse?

Herr Mumdey kann dies auch angesichts der noch nicht eindeutig feststehenden Zahlen aktuell nicht beantworten. Er führt aus, es müsse davon ausgegangen werden, aufgrund des besonders guten Jahres 2014 sei Folgendes zu erwarten: die Festlegung der Gewerbesteuer für 2014, die rückwirkende Anhebung der Vorauszahlungen für das Jahr 2015 und die Erhöhung der laufenden Vorauszahlung für 2016. Die natürliche Reaktion einer jeden Firma sei nun, die Dauerhaftigkeit der Veränderung zu prüfen. Die Statistik zeige bereits jetzt eine kleine Delle, weil das erste größere Unternehmen in Bergisch Gladbach beim Finanzamt die Reduzierung der Vorauszahlungen 2015 und 2016 beantragt habe. Zur genaueren Kenntnis der Zahlengrundlage müsse also die Entwicklung bis etwas Juli/August abgewartet werden.

Herr Dr. Bernhauer fragt bezüglich der Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge, ob bei der derzeitigen Entspannung des Zustroms einzelne Gewerke wie Container, Wachdienst usw. mit dem Ziel der Kostensenkung breiter ausgeschrieben oder auslaufende Verträge neu ausgeschrieben werden könnten.

Herr Mumdey berichtet, hinsichtlich der Containerpreise liege Bergisch Gladbach im Vergleich mit anderen Kommunen günstig. Auch die Kosten für die Verpflegung von 11,50 € seien nicht zu hoch. Die einzige Möglichkeit der Einflussnahme sei, den Standard in der Betreuung zu senken. Diesbezüglich wolle die Verwaltung aber im Konsens mit der Politik handeln. Die Anzahl der SozialarbeiterInnen, Wachdienste und anderer Posten bedeutend zurückzufahren, sei aber, so ist Herrn Mumdeys Einschätzung, von niemandem gewollt. Ungeachtet dessen sei eine gemeinsame Prüfung mit Frau Schlich geplant, ob beispielsweise jeder Wachdienst oder wirklich jede Betreuung im aktuellen Umfang erforderlich sei.

Herr Tschorny bittet für die Fraktion DIE LINKE. um eine genauere Aufschlüsselung zu den Mehraufwendungen im Bereich „Unterbringung von Asylbewerbern“ über 7,5 Millionen.

Herr Mumdey kündigt eine Kostenübersicht als Anlage zum Protokoll an.

Herr Kraus findet es sehr positiv, dass die Gewerbesteuereinnahmen die Haushaltssituation ein wenig abfangen. Er merkt an, insgesamt halte er die Zahlen für erschreckend. Das im Städte- und Gemeindebund von allen Gemeinden in NRW angestrebte gemeinsame Ziel, mit Bund und Land eine vernünftige auskömmliche Ausstattung zu erreichen, sehe er als fehlgeschlagen an. Die Kommunen würden mit Kosten belastet, ohne einen entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Die Kommunen müssten diese Belastung letztendlich den Bürgerinnen und Bürgern und den freiwilligen Einrichtungen weiterreichen. Herr Kraus nennt den SV Refrath als Beispiel für die Auswirkung dieser absoluten Fehlentwicklung der Kostenausstattung. Aus seiner Sicht werde hier bewusst eine positive Integration verhindert. Wenn die Kommunen von den höheren Instanzen derart auf den Kosten sitzen gelassen würden, könne er das nicht für gut heißen und auch nicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertreten.

Herr Mumdey teilt diese Auffassung.

Auch Frau Koshofer teilt diese Auffassung. Sie möchte wissen, ob die genannten 11,50 € Verpflegung jeweils für einen Flüchtling pro Tag zu sehen ist und ob die GL Service gGmbH die Verpflegung liefere.

Herr Kuhlen informiert, in dem Betrag sei das Frühstück mit Getränken, warmes Mittagessen mit Getränken, das Abendessen sowie die Bereitstellung und der Fahrdienst für den Essenstransport enthalten. Das Gros der Mahlzeiten werde von DRK-eigenen Einrichtungen gekocht und geliefert, der Leistungsanteil der GL Service gGmbH sei hier sehr gering.

8. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Ausstattung der großen Flüchtlingsunterkünfte mit WLAN-Zugängen
0095/2016

Herr Tschorny begrüßt für seine Fraktion die Idee der Einrichtung freier WLAN-Zugänge, wundere sich aber über die Begründung der äußersten Dringlichkeit. Der Schnellbrief 285/2015 des Städte- und Gemeindebunds datiere vom 08. Dezember 2016, so dass das Thema in der Sitzung des ASWDG am 18.02.2016 hätte besprochen werden können.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 13.01.2016 wird genehmigt.

9. Jahresbericht 2015 der GL Service gGmbH
0131/2016

Frau Holz-Schöttler bedankt sich dafür, dass anstelle des ausgeschiedenen KiWo-Fahrers, Herr Wippich, nun Herr Münzer die Fahrten übernimmt.

Herr Kuhlen weist darauf hin, dass es auf Seite 4 des Jahresberichts im letzten Absatz anstelle „Zum anderen übernahm der „CityService Flüchtlinge“ ...“ heißen muss: „Zum anderen übernahm der „CityService **Grünfläche**“...“.

Frau Stauer nimmt Bezug auf Seite 49 der Einladung, wonach Frau Chahbari im Kinder- und Jugendtreff Schüler- und Ausbildungshilfe in jeglicher Form anbiete. Auch die Kooperation mit ihrem eigenständigen Projekt „exAZUBITREFF“ sei für die KiWo eine Bereicherung. Frau Stauer fragt, ob die Jugendlichen dort auch über die Vielfalt an Ausbildungsberufen informiert und durch wirkungsvolle Messinstrumente wie z.B. ein Potentialcheck eine Ausbildungsperspektive herausgefunden werde.

Herr Buhleier macht auf das beim Rheinisch-Bergischen Kreis und damit auch in der Stadt Bergisch Gladbach unter dem Namen „Kein Abschluss ohne Anschluss“ angesiedelte starke System aufmerksam, in dem Jugendliche auch bei ihrer Berufswahlorientierung in und durch die Schule unterstützt werden. Herr Buhleier schlägt vor, anlässlich der Vorstellung des nächsten Jahresberichts des ExAZUBISTREFFs im Ausschuss Frau Chahbari in die Sitzung einzuladen, damit sie über ihre Arbeit berichten könne.

10. Jahresbericht 2015 des Netzwerks Wohnungsnot
0130/2016

Frau Holz-Schöttler begrüßt Herrn Reball-Vitt, der in Vertretung für Frau Becker, Leiterin des Netzwerks Wohnungsnot, anwesend ist. Herr Reball-Vitt bedankt sich für die Einladung zu dieser Sitzung.

Herr Dr. Bernhauser freut sich über die alljährliche Berichterstattung mit sehr differenzierten Zahlen. Er bezieht sich auf Seite 64 der Einladung „Ursachen der Wohnraumgefährdung“. Dort seien unter „Sonstiges“ 81 Personen und unter „Ohne Angabe“ 77 Personen vermerkt. Herr Dr. Bernhauser bittet darum, hierzu eine nähere Aufschlüsselung zu geben.

Herr Reball-Vitt antwortet, die ratsuchenden Menschen verweigerten schlicht auch Angaben zur ihrer persönlichen Situation und seien nicht immer bereit, ausführlichere Angaben zu machen. Daher seien manche Detailfragen in den Statistiken nicht immer abbildbar. Herr Reball-Vitt kündigt an, den Wunsch, eine etwas stärkere Erfassung zu versuchen, weiterzugeben.

11. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
Bericht über die Mittelverwendung 2015
0143/2016

Frau Holz-Schöttler nimmt Bezug auf Seite 69 der Einladung „Für die Ausweitung der kontinuierlichen Arbeit in den Teilnetzwerkzentren im Wohnpark Bensberg und im Hermann-Löns-Viertel konnten zusätzliche Honorarstunden für die offenen Angebote finanziert werden.“ und berichtet von einem Treffen mit der Eigentümergemeinschaft Hermann-Löns-Viertel mit dem Ziel, größere Räume für die dort betreuten Kinder und Jugendlichen zu suchen. Ein entsprechender Tagesordnungspunkt werde in der Sitzung des nächsten JHA beraten.

Herr Kuhlen bezieht sich auf einen Kommentar von Günter M. Wiedemann im Kölner StadtAnzeiger am 11.04. zu dem Thema Bildungs- und Teilhabepaket. Darin werde sehr deutlich geäußert, dass das Bildungs- und Teilhabepaket sehr bürokratisch sei und die Hilfe eigentlich nicht ankomme. Für die Stadt Bergisch Gladbach betont Herr Kuhlen, die Bereitstellung der in der Vorlage dargestellten ergänzenden 30.000 € zur Verbesserung der strukturellen Hilfen und der weiteren 30.000 € für einzelne Härtefälle, die durch den Kinderschutzbund betreut und verausgabt würden, finde er ganz großartig. Herr Kuhlen dankt dem Ausschuss, der vor drei Jahren den entsprechenden Beschluss hierzu gefasst habe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser bestätigt Herr Kuhlen, dass für die unterjährigen Schulgrundausrüstungen für Flüchtlingskinder tatsächlich Zahlungen aus dem Härtefallfonds erfolgten, die eigentlich Pflichtleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets seien. Durch die Ergänzung des Härtefallfonds, so glaubt Herr Kuhlen, könnten viele der Schwächen des BuT-Pakets kompensiert werden.

12. Empfehlung des Integrationsrates zur Erstellung eines Sachstandberichtes und
Fragebogens zum Thema "Diversity Management"
0112/2016

Herr Dr. Bernhauser informiert, die CDU-Fraktion könne sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließen.

Frau Fahner bezieht sich auf Seite 75 der Einladung, wonach es mehrere Fälle von rassistischer Diskriminierung gegeben habe solle, die von Vorgesetzten ausgegangen seien, und in denen sich die Betroffenen an die Gleichstellungsbeauftragte gewandt hätten, die ihrerseits nicht geholfen hätte. Frau Fahner stellt richtig, sie könne es definitiv ausschließen, dass eine oder mehrere Personen mit diesem Anliegen an sie herangetreten seien.

Herr Tschorny berichtet für seine Fraktion, sie sehe eine große Diskrepanz in der Bedeutung oder dem Anliegen der vom Integrationsrat gemachten Empfehlung und dem daraus von der Verwaltung gemachten Beschlussvorschlag, wonach letztlich alles beim Alten bleibe. Genau damit scheine der Integrationsrat laut seiner Empfehlung aber nicht zufrieden zu sein, sondern rege an, Transparenz in die Angelegenheit zu bringen, indem man eine Umfrage durchführen lasse.

Frau Stauer regt an - ungeachtet der Möglichkeit, dass dies bei der Verwaltung längst üblich sei - nach dem Beispiel der Charité in Berlin und anderer Unternehmen der freien Wirtschaft ein Beschwerde- und Anregungsmanagement einzuführen. Nach den bisherigen Erfahrungen dort sei die Berücksichtigung sehr wertvoller Anregungen, auch in der Planung auf allen möglichen Ebenen, möglich geworden.

Frau Fahner berichtet aus ihrer Sicht, dass die Stadtverwaltung bereits ein ganzes Stück weiter sei. Es gebe verschiedene Ansprechpartner und -partnerinnen, an die sich die Beschäftigten direkt und sehr vertraulich wenden könnten. In der eigenen Beratung, so führt Frau Fahner aus, gebe es sowohl Fälle, in denen sich Beschäftigte eine offizielle Unterstützung und Begleitung, überwiegend aber die vertrauliche Erarbeitung einzelner Lösungsschritte wünschten, die sie selbst weiterverfolgten. Die Gleichstellungsbeauftragte, der Personalrat und eine Ansprechperson im Fachbereich 1 rund um das Thema Diversity-Management stünden je nach Anliegen zur Verfügung.

Frau Münzer berichtet, auch im Integrationsrat sei die Empfehlung sehr kontrovers diskutiert worden. Mit Blick auf kritische Fragestellungen in der dargestellten Empfehlung des Integrationsrates und unter Berücksichtigung der Ausführungen von Frau Fahner sehe sie in der Stadtverwaltung keine Notwendigkeit für einen über den Vorschlag der Verwaltung hinausgehenden Beschluss.

Frau Holz-Schöttler berichtet aus dem Gleichstellungsausschuss des Städte- und Gemeindebunds, in dem die Charta vorgestellt worden sei. Sie sei eher für kleinere Kommunen bestimmt, die sich gerade auf den Weg machten. Die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach sei bereits viel weiter, so dass sie und ihre Fraktion es nicht für nötig hielten, dieser Charta beizutreten.

Frau Holz-Schöttler lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen bei einer Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE. und Ja-Stimmen aller übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich den **Beschluss**, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Leitgedanken des Vielfältigkeitsmanagements weiterhin im Zusammenhang mit dem Personalmanagement zu berücksichtigen und mithilfe einer innerdienstlichen Mitteilung alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Anlaufstellen - im Falle einer Diskriminierung - zu informieren.

13. **Bericht der Stabsstelle VV II-3 Inklusion/ Beauftragte für Menschen mit Behinderungen**
- Umsetzung des Aktionsplanes im Jahr 2015 und Planung für das Jahr 2016
0115/2016

Frau Holz-Schöttler weist auf die auf den Plätzen ausliegende Beschlussvorlage, Seite 1 (Anlage), hin, die aus rein formalen Gründen an die Stelle der mit der Einladung versandten Mitteilungsvorlage trete. Es ändere sich lediglich die Vorlagenart.

Frau Allelein berichtet, dies sei ihr letzter Rechenschaftsbericht, da sie noch elf Monate der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach angehöre und dann in Pension gehe. Aus diesem Grund habe sie bei wichtigen und über die nächsten zwei Jahre durchzuführenden Projekten auch schon die Kosten für 2017 angegeben. In diesem Jahr sei der Schwerpunkt ganz klar noch mal der Versuch, Menschen mit Behinderung in Arbeit zu bekommen. Es gebe hier eine ganz enge Zusammenarbeit mit der Jobbörse, dem Landschaftsverband, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer. Es solle versucht werden, Menschen mit Behinderung in mittelständischen Unternehmen anzusiedeln. Frau Allelein berichtet, nach ihrer Auffassung gehe die Stadtverwaltung mit sehr, sehr gutem Beispiel voran. Sie gebe das Vorbild, junge Menschen mit Behinderung auszubilden sowie Menschen mit Behinderung einzustellen.

Frau Allelein möchte besonders darauf hinweisen, dass der Aktionsplan die Änderung der Vergaberichtlinien vorsehe. Dies bedeute, dass Betriebe in Bergisch Gladbach, die viele Menschen mit Behinderung beschäftigten sowie Integrationsbetriebe und -werkstätten in die Vergabe mit einbezogen würden; dies nicht im Sinne einer Bevorzugung, sondern des Versuchs, ihnen nach Möglichkeit Aufträge zu geben. Hintergrund dafür sei die Überlegung, dass dann mehr Arbeitgeber bereit seien, Menschen mit Behinderung einzustellen.

Herr Dr. Bernhauser begrüßt es, eine sehr konkrete ergebnisorientierte Beschlussvorlage mit Prioritätensetzung vorliegen zu haben und bedankt sich dafür herzlich. Besonders wichtig finde er auch die arbeitsintensive Stadtteilbegehung, mit der sich Frau Allelein sich sehr viel Mühe mache. Auch dafür dankt er herzlich. Herr Dr. Bernhauser macht auf einen Tipp- bzw. Additionsfehler auf Seite 109 bei der Summe der Ziele 1, 2, 5, 8 und 9 aufmerksam. Herr Buhleier bestätigt dies.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Der ASWDG stimmt der Umsetzung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahme für 2015 zu.**
2. **Der ASWDG stimmt der Weiterführung der in der Vorlage beschriebenen Maßnahme für 2016 vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel zu.**

14. **Rücknahme der Berufung und Neuberufung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates**
- Rücknahme der Berufung des ordentlichen Mitglieds Hans Eßer und des stellvertretenden Mitglieds Wilbert Schmidt
- Neuberufung von Herrn Jürgen Münsterteicher als ordentliches Mitglied und Herrn Wolfgang Weber als stellvertretendes Mitglied
0119/2016

Frau Allelein macht darauf aufmerksam, dass Herr Münsterteicher und Herr Weber anwesend sind. Frau Holz-Schöttler begrüßt beide Gäste.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig den **Beschluss**, dem Rat folgende – dem Vorschlag der Verwaltung folgende – Beschlussempfehlung zu geben:

1. **Die Berufung von Herrn Hans Eßer als ordentliches Mitglied im Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung wird zurückgenommen.**
2. **Der Rat entsendet Herrn Jürgen Münsterteicher als ordentliches Mitglied in den Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung für den Bereich „Menschen mit Mehrfachbehinderung“.**
3. **Die Berufung von Herrn Wilbert Schmidt als stellvertretendes Mitglied im Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung wird zurückgenommen.**
4. **Der Rat entsendet Herrn Wolfgang Weber als stellvertretendes Mitglied in den Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung für den Bereich „Menschen mit Mehrfachbehinderung“.**

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt 0144/2016

Frau Holz-Schöttler weist auf die als Tischvorlage ausliegende und zuvor den Fraktionen zugeleitete ergänzte Antragsvorlage 0144/2016/1 (Anlage) hin.

Herr Buhleier bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage. Die Verwaltung habe letztendlich den Beschlussvorschlag der FDP aufgegriffen und auf die bereits bestehende Situation konkretisiert. Die GL Service gGmbH sei nämlich in diesem Bereich schon längst tätig und habe im letzten Jahr über 100 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge bereitgestellt.

Frau Koshofer spricht für ihre Fraktion die Anregung aus, dass die Verwaltung sich nach dem Beispiel von Iserlohn mit Handwerksbetrieben und Unternehmen zusammensetze.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, Herr Krell beziehe sich in seinem Antrag auf ein von Bund und Land gefördertes Projekt in Iserlohn. Es könne aber nicht jede Stadt Projektstandort sein. Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf den unter TOP Ö 9 vorgelegten Bericht der GL Service gGmbH, aus dem hervorgehe, dass 2014 praktisch alle Flüchtlinge, die in eine Arbeitsgelegenheit kommen wollten bzw. sollten, diese auch bekommen hätten. Auch in 2015 hätten noch weit über 100 Personen eine Arbeitsgelegenheit über die GL Service gGmbH gehabt. Bei einem Bedarf von über 1.000 Personen sei die GL Service gGmbH natürlich organisatorisch und personell komplett überfordert. Nach seiner Auffassung müsse das Thema aber im Zuge der Fortschreibung des Flüchtlingskonzeptes der Stadt dringend aufgenommen werden.

Frau Stauer macht darauf aufmerksam, dass beispielsweise im Rhein-Neuss Kreis mit der Initiative „Kompass D“ kleine, mittelständische und auch größere Unternehmen von sich aus aktiv geworden seien und mit dem Jobcenter eine Initiative gegründet hätten. Frau Stauer sei sehr erfreut über diese Initiative, weil sie einerseits die Chance für die Mobilisierung und Gewinnung von Fachkräften beinhalte, andererseits die Funktion der Initiatoren auch als Multiplikatoren. Frau Stauer schlägt vor, dass die FDP-Fraktion in ihrem Selbstverständnis als typische Mittelstandspartei und auch die weiteren Ausschussmitglieder als Multiplikatoren an Bergisch Gladbacher Unternehmen herantreten könnten mit dem Ziel, dass diese selbst initiativ würden.

Frau Stauer betont, dass dabei unbedingt berücksichtigt werden müsse, dass Menschen, die eine neue Sprache oder einen neuen Beruf erlernten, eine gute Unterkunft hätten, die ihnen erlaube, in

Ruhe zu lernen. Es sei sinnvoll, wenn sich alle Beteiligten überlegten, ob auch aus privater Initiative die eine oder andere Wohnmöglichkeit gegeben wäre.

Herr Kuhlen informiert, die GL Service gGmbH schaffe seit 23 Jahren ununterbrochen Arbeitsgelegenheiten, beginnend 1993, als der große Zustrom der Menschen aus dem Bereich Jugoslawien ankam. In den Jahresberichten sei regelmäßig der Abschnitt über die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zu finden. Aus der Tischvorlage ergebe sich, dass die GL Service gGmbH schon ein weiteres Angebot plazierte mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Arbeitsgelegenheiten noch weiter ausdehnen zu können. Klar sei, dass nicht für 1.600 Menschen Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden könnten. Es müsse darauf geachtet werden, dass den Menschen ein sinnvolles, gemeinnütziges und passendes Angebot gemacht werden könne. Herr Kuhlen findet es besonders wichtig, dass im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten die Menschen unterschiedlichster Nationen die gegebenen Sprachanlässe in der gemeinsamen Sprache Deutsch erlernten. Sie erhielten auch eine erste Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt, denn die Arbeitsgelegenheiten seien nicht nur bei den von der GL Service gGmbH angebotenen so genannten handwerklichen Themen in der Tannenbergstraße gegeben. Wenn beispielsweise ein Flüchtling aus dem Krankenpflegebereich in Syrien komme, werde über einen schnellen Anruf beim EVK oder beim Marienkrankenhaus geklärt, ob dort seine Arbeitsgelegenheit bestehe. Diese gute Kooperation bestehe seit vielen Jahren mit den handelnden Akteuren, den so genannte Regiestellen in der Stadt Bergisch Gladbach, soziale Unternehmen wie Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen usw.. Herr Kuhlen macht darauf aufmerksam, dass für manche Arbeitsgelegenheiten, beispielsweise in Kindertagesstätten, vorab ein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt werden müsse, was sich bei Menschen, die z.B. vor Kurzem aus Syrien gekommen seien, schwierig gestalte. Es gebe also durchaus bürokratische Hindernisse zu überwinden.

Frau Koshofer dankt Herrn Kuhlen, ihr sei klar, dass er sehr engagiert sei. Sie führt aus, die Kreishandwerkerschaft vor Ort sei eine wichtige Anlaufstelle. Da könne noch mehr getan werden. Für die FDP-Fraktion sei es sehr vorrangig, schnell zu agieren.

Herr Dr. Bernhauser teilt grundsätzlich Frau Koshofers Anliegen. Er merkt an, zur Weiterentwicklung müssten aber Vereinbarungen getroffen werden. Herr Dr. Bernhauser schlägt vor, neben dem Geschäftsführer des Jobcenters auch den Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft in die nächste Sitzung des ASWDG einzuladen, ebenfalls Herrn Kuhlen als quasi Handlungsbevollmächtigten der GL Service gGmbH. Zudem müsse dringend in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes ein Passus „Arbeitsgelegenheiten nach Asylbewerberleistungsgesetz“ aufgenommen werden.

Frau Stauer regt an, das Potential von Langzeitarbeitslosen nicht aus dem Blick zu verlieren, die nach entsprechender Schulung ggf. bereit wären, Integrationsbegleiter zu werden, allerdings nicht auf ehrenamtlicher Basis, sondern mit einer Chance, mit dieser Zusatzqualifikation wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Auf Nachfrage von Frau Koshofer kündigt Herr Buhleier an, die Kreishandwerkerschaft zur kommenden Sitzung einzuladen.

Frau Holz-Schöttler dankt für die rege Diskussion und die Hinweise, die ins Protokoll aufgenommen werden sollten, und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. fassen die Ausschussmitglieder mehrheitlich den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können.

Der Ausschuss ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren.

Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.

15.2. Antrag der ALFA-Fraktion vom 22.02.2016 zur Unterstützung der Vorgehensweise des Bürgermeisters hinsichtlich der Mitteilung an die Bezirksregierung Arnsberg zu Flüchtlingskapazitäten
0145/2016

Frau Holz-Schöttler weist auf die als Tischvorlage ausliegende und zuvor den Fraktionen zugeleitete ergänzte Antragsvorlage 0145/2016/1 (Anlage) hin.

Herr Jungbluth führt für seine Fraktion aus, im Kern gehe es um die Kommunikation von erschöpften Kapazitäten an die Bezirksregierung mit dem Ziel eine Überlastung zu vermeiden. Offensichtlich denke die Bezirksregierung, ebenso wie die Landes- und die Bundesregierung, nicht in der Kategorie Überlastung. Die Situation entziehe sich vielleicht auch deren Kenntnis, weil Unterbringung und Integration auf kommunaler Ebene stattfinde. Deshalb müssten die Kommunen in aller Deutlichkeit auf die Faktenlage aufmerksam machen, sobald sich Engpässe abzeichneten. Die ALFA-Fraktion sei der Meinung, dass die Politik in Bergisch Gladbach die Linie der Verwaltung mittragen solle, wenn diese den Wege wähle, sich auf Kapazitätsengpässe zu berufen, die von der Bezirksregierung ignoriert würden.

Frau Holz-Schöttler weist auf die Sachdarstellung der Verwaltung hin und gibt Herrn Buhleier das Wort.

Herr Buhleier berichtet, der Bürgermeister habe sich in der Angelegenheit sehr klar und deutlich positioniert und sei ebenso auch sehr klar und deutlich tätig. Er weist insofern auf die Stellungnahme in der Tischvorlage hin. Besonders wichtig sei aber, dass für diese Praxis kein zusätzlicher Ratsbeschluss erforderlich sei.

Frau Holz-Schöttler lässt über den Antrag der ALFA-Fraktion abstimmen.

Für den Antrag stimmt die ALFA-Fraktion (1 Stimme), gegen den Antrag stimmt die Fraktion DIE LINKE.. Alle übrigen Ausschussmitglieder enthalten sich.

Bei Stimmengleichheit wird damit **der Antrag abgelehnt**.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Bernhauser führt aus, nach seiner Auffassung sei es möglich, über das in Bergisch Gladbach bereits sehr gelobte Ehrenamt hinaus weit mehr ehrenamtliches Potential zu heben. Die

Schuldnerberatung RheinBerg müsse beispielsweise das Präventionsprojekt wegen der nicht erreichten Anzahl von Ehrenamtlichen Ende April 2016 einstellen. Auch der über 280 Mitglieder aufweisende Heimatverein Refrath habe in der Presse um Beteiligung geworben, um einen neuen Vorstand zustande zu bringen. Ehrenamtliche, so bemerkt Herr Dr. Bernhauser, hätten ein eigenes Kompetenzprofil und ihre Motivation und ihr Engagement sei für unsere Gesellschaft für den sozialen Bereich, für den Sportbereich, für den Kunstbereich und andere Bereiche unverzichtbar.

Herr Dr. Bernhauser stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:

Mit welchen Mitteln, Kampagnen und Aktionen kann im Rahmen eines Ehrenamtsmarketings noch weiteres ehrenamtliches Potential gehoben werden und kann ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden?

Frau Heidberg-Schwettmann regt an, einen Ehrenamtspass, der beispielsweise auch Rabatte vonseiten der Wirtschaft gewähre, über die Vereine und Institution den Ehrenamtlichen und Interessierten bekannt zu machen.

Frau Stauer kann Herrn Dr. Bernhausers Anliegen nachvollziehen, sieht aus frauenpolitischer Sicht aber die Gefahr, dass Frauen nach längerer Auszeit, Erziehungszeit etc., gerne Ehrenämter annehmen, die nicht bezahlt werden und oft zu Altersarmut führen. Frau Stauer spricht sich dafür aus, das Ehrenamt nicht nur durch besondere Boni im Ehrenamtspass, sondern auch durch die Bestätigung der erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen aufzuwerten und damit einen leichteren Einstieg in den Arbeitsmarkt als Berufsrückkehrerin zu ermöglichen.

Frau Heiß führt aus, sie sei als Vorsitzende der Freiwilligenbörse seit 15 Jahren damit beschäftigt, Ehrenamtler/innen zu vermitteln. Das Ehrenamt befinde sich momentan in einem Wandel. U.a. in skandinavischen Ländern bestehe sogar für Schüler und Schülerinnen ab einem bestimmten Alter die Verpflichtung, ein Ehrenamt auszuüben. Dies sei eine Qualifikationsvoraussetzung, um überhaupt in einen Beruf hineinzukommen. Nach ihrer Erfahrung, so berichtet Frau Heiß, engagierten sich fast genauso viele Männer wie Frauen ehrenamtlich. Frau Heiß regt an, gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten, wie Ehrenamt in der Zukunft zu gestalten sei. Gerne sei sie bereit, alles, was sie an Fachwissen habe erwerben können, mit einzubringen.

Frau Holz-Schöttler berichtet von ihrer Arbeit im Kindergarten, in dessen ehrenamtlichem Vorstand Männer und Frauen viele Jahre arbeiteten und eine sehr hohe Kompetenz u.a. hinsichtlich Geschäftsführung und Personalentwicklung erwürben. Es sei deshalb sinnvoll, Ehrenamtliche auf die Möglichkeit hinzuweisen, eine Bescheinigung anzufordern, die sie zielführend einer Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt anhängen könnten.

Frau Münzer nimmt Bezug auf einen Bericht in Radio Berg, wonach 15-jährige Schülerinnen in der Moscheeschule in Waldbröl zu Religionslehrerinnen ausgebildet werden und anschließend in Bergisch Gladbach in der Internatsschule der Moschee ihre Prüfung ablegen und ihre Ausbildung beenden.

Frau Münzer stellt folgende Anfragen an die Verwaltung:

- **Ist die Unterbringung der Mädchen in Bergisch Gladbach angemessen?**
- **Welche Inhalte hat diese Ausbildung zur Religionslehrerin, die im Islam ausgebildet wird und minderjährig ist? Wie ist das Erreichen eines solchen Ausbildungsziels in so jungen Jahren möglich?**
- **Wie viele Religionslehrerinnen werden wo und wie eingesetzt?**

Herr Kraus bezieht sich auf das Thema Mittelzuweisung und stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:

- **In welcher Form bzw. mit welchem Verwaltungsakt sind die Landeszuweisungen ergangen und wie kann die Stadt Bergisch Gladbach gegen den erlassenen Verwaltungsakt vorgehen, der auf offenbar unrichtigen Zahlen beruht?**

Frau Holz-Schöttler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.57 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Genehmigung der Niederschrift entfällt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.58 Uhr.

gez.:
Brigitte Holz-Schöttler
stv. Ausschussvorsitzende

gez.:
Gitta Schablack
Schriftführerin